



Unternehmer im Klima-Streit

Stephan Wartmann und Hans-Jörg Bertschi führen beide ihre Konzerne in eine Welt ohne fossile Energie. Aber: Der Transportunternehmer ist gegen das Klimagesetz, der Chef der Brugg Group hingegen dafür.



Stephan Wartmann, CEO der Brugg Group, engagiert sich für das Klimagesetz.
Bild: zvg



Hans-Jörg Bertschi: Das Klimagesetz würde er annehmen, «wenn es Hand und Fuss hätte».
Bild: Mathias Förster

Jocelyn Daloz

Die Bertschi-Gruppe mit Hauptsitz in Dürrenäsch verlagert seit Jahrzehnten den Gütertransport von der Strasse auf der Schiene – also von fossil betriebenen Lastwagen auf Güterzüge, die in der Schweiz und europaweit mit Strom fahren. Dank dem hat die Firma das Klima im Jahr 2022 um 228 000 Tonnen CO₂ entlastet. Im vergangenen Jahr hat der Logistikkonzern grosse Photovoltaik-Anlagen an ihrem Standort in Birrfeld eingeweiht.

Die Brugg Group will die Energiewende global vorantreiben. Mit ihrer Tochtergesellschaft Brugg Pipes gehört sie zu den Marktführern im Bereich der Fernwärme. Die Brugg eConnect verkauft Kabelsysteme für Schnellladestationen von Elektroautos, während ihre IT-Firma Brugg Rittmeyer Systeme zum Betreiben von Wasserkraftwerken entwickelt.

Zwei Aargauer Konzerne, die einen Beitrag zur Dekarbonisierung der Wirtschaft leisten. Trotzdem weibelt Hansjörg Bertschi, Inhaber und Verwal-

tungsratspräsident der Bertschi, aktiv gegen das nationale Klimagesetz, über welches die Schweizer Bevölkerung am 18. Juni abstimmt. Stephan Wartmann, CEO der Brugg Group, ist Co-Präsident des Vereines «Schweizer Wirtschaft für das Klimagesetz».

Die beiden personifizieren die Gespaltenheit auch der Aargauer Wirtschaft zur Klima-Vorlage. Die FDP-nahe Aargauer Industrie- und Handelskammer (AIHK) unterstützt das Gesetz, der Gewerbeverband, der vom



SVP-Nationalrat Benjamin Giezendanner präsiert wird, hat die Nein-Parole gefasst.

Stephan Wartmann, CEO der Brugg Group

Stephan Wartmann sieht im nationalen Klimagesetz viele Vorteile: Es will die Netto-Null-Ziele bis 2050 ohne Verbote erreichen, sondern mit finanziellen Anreizen (zwei Milliarden Franken für den Ersatz von Öl- und Gasheizungen und 1,2 Milliarden Franken Subventionen für Unternehmen mit innovativen Technologien zur klimaschonenden Produktion). In dieser Hinsicht ist es aus seiner Sicht besser als das 2021 vom Volk abgelehnte CO₂-Gesetz – auch wenn er dieses damals schon befürwortete.

Wartmann muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sein Unternehmen finanziell bei einem Ja profitieren wird: weil der Ersatz von Öl- und Gasheizungen seiner Fernwärmesparte Brugg Pipes in die Hände spielt, genauso wie die Bemühungen der Brugg Group, sich bei klimaschonenden Technologien zu profilieren.

Er selber sieht dies aber nicht als Vorwurf: «Der Umbau unseres Energiesystems ist eine Entwicklung, die meines Erachtens nicht mehr aufzuhalten ist, und die Brugg-Gruppe entwickelt und produziert Lösungen dafür.» Die Gruppe fokussiert sich auf Innovationen in Richtung Energiewende unabhängig vom Klimagesetz. Deshalb kann Wartmann geradestehen: «Ich engagiere mich aus Überzeugung für die Vorlage.»

Gegner warnen, das Gesetz

würde zusätzlich zu den 3,2 Milliarden Franken weitere Milliarden kosten, weil es die Strompreise in die Höhe treiben würde. Für Wartmann sind diese Berechnungen, wie auch eine Studie der ETH jüngst aufgezeigt, weit von der Realität entfernt. Ausserdem stört er sich daran, dass die Frage nach den Kosten immer nur beim Einbau erneuerbarer Energiesysteme gestellt wird: «Dabei wissen wir spätestens seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine, wie teuer und volatil fossile Energien sein können.»

Auch von der möglichen Gefährdung der Versorgungssicherheit, vor denen die Gegner warnen, hält er wenig. «Basis der zukünftigen Energieversorgung werden Zehntausende von erneuerbaren Kraftwerken sein. Produktion, Verteilung, Speicherung und Verbrauch werden intelligent aufeinander abgestimmt. Die Energieeffizienz wird erhöht. Das ganze Energiesystem wird resilienter und unsere Versorgungssicherheit gestärkt.»

Wartmann hält allerdings wenig von der kantonalen Initiative zum Klimaschutz, die vorsieht, dass im Kanton jährlich drei Prozent aller Gebäude energetisch saniert werden müssen. «Ich bin hier einig mit der Regierung und dem Grossen Rat. Die Vorlage ist nicht umsetzbar und viel zu teuer.»

Hans-Jörg Bertschi, VRP und Mehrheitsaktionär der Bertschi-Gruppe

Hans-Jörg Bertschi will vorausschicken: «Ich bin ein engagierter Befürworter von Nachhaltig-

keit, Photovoltaik und Elektromobilität.» Der Logistiker unterstreicht die massive Reduktion des CO₂-Ausstosses seines Unternehmens, die er dank der Verlagerung des Transportes auf die Schiene schon erreicht hat. Im nächsten Jahr will seine Firma auf Elektrolastwagen umsteigen. «Ich war an der Hochschule St. Gallen in einem ökologischen Komitee.» Deshalb sagt er kategorisch: «Das Klimagesetz würde ich annehmen, wenn es Hand und Fuss hätte.»

Das hat es aber aus seiner Sicht nicht. Die grosse Befürchtung von Bertschi: die Energieversorgungssicherheit. Im Gegensatz zu Wartmann glaubt er daran, dass die Resilienz der Stromversorgung durch das Gesetz geschwächt wird. Der Umstieg auf Elektromobilität und -heizungen geschehe ohne Plan, wie dieser Mehrbedarf an Strom überhaupt abgedeckt werden kann. Und das zu einer Zeit, in welcher wir uns von Atomkraft verabschieden wollen.

Er hat ein Beispiel, das auf Berechnungen von Lino Guzzella, dem Ex-Präsidenten der ETH Zürich, basiert. Bis ins Jahr 2050 sollen gemäss Energiestrategie die bestehenden Atomkraftwerke abgestellt werden. Dann fehlen der Schweiz im Winter 70 Prozent Strom. Das entspräche einem Ausbau der Photovoltaik in den Alpen um 60 Gigawatt. 3300 Mal mehr als das grösste aktuelle Projekt, Gondosolar.

Dafür müsste man eine Fläche, die 30 Prozent grösser als der Kanton Zug ist, mit Solarpanels zudecken. Bertschi glaubt nicht daran, dass sich in



der Schweiz Grossprojekte in diesem Ausmass umsetzen lassen: «Es ist uns nicht einmal gelungen, innert 20 Jahren die Genehmigung für die Erhöhung der Grimsel-Staumauer um 23 Meter zu erreichen!»

Dem Argument, Ziele zu formulieren und erst danach der genaue Weg dorthin ausarbeiten, entgegnet er: Das sei weder seriös noch demokratiepolitisch korrekt. Das Volk könne sich dadurch nicht ein realistisches Bild machen, was für die Erreichung der Klimaziele nötig sein wird. Und er warnt davor, nach dem «unüberlegten Ausstieg aus der Kernenergie» noch unüberlegter aus den fossilen Energien auszusteigen.

Für Bertschi sind die möglichen Mehrkosten alles andere als Fantasien: Blackouts und höhere Preise wegen Stromverknappung könnten viele hundert Milliarden Franken kosten, die von Bevölkerung und Wirtschaft zu tragen sind. «Und dann wäre auch der Wirtschaftsstandort Schweiz hochgradig gefährdet.»

Atomenergie und Zukunftspläne

Professor Lino Guzzella ist seit Juli 2021 Verwaltungsratspräsident der Genossenschaft Nagra, die ein Tiefenendlager für Atomüll in der Schweiz sicherstellen will. Seine Zahlen, wonach ohne AKW 70 Prozent des Stroms fehlen würde, sind in der Branche umstritten. Im letzten Jahr hat die Solarbranche eine Kapazität von 1 TWh zugebaut (die Hälfte der Leistung des AKW Mühleberg). Im kommenden Jahr dürften es 1,5 sein. Ausserdem läuft beim Bund aktuell die Revision des Stromversorgungsgesetzes und des Energiemantelerlasses, die den Fokus auf erneuerbare Energien setzt. *(jda)*